

## Presseinformation

27. Juli 2010

### Halbjahresbilanz der NÖ Schuldnerberatung

#### Scheele: „Flächendeckendes Angebot war wichtiger Schritt“

Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte Landesrätin Mag. Karin Scheele gemeinsam mit Dr. Roswitha Mikusch heute, 27. Juli, in St. Pölten die Halbjahresbilanz der NÖ Schuldnerberatung.

„Trotz Einsparungen im gesamten Budget ist es gelungen, die Leistungen der NÖ Schuldnerberatung in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstellen in allen Bezirken des Landes umzusetzen“, betonte Scheele.

Durch diese zu Jahresbeginn vollendete Ausweitung stieg die Anzahl an betreuten Personen von 4.110 im Jahr 2009 auf 4.450. Außerdem konnten die außergerichtlichen Ausgleichsverfahren deutlich gesteigert werden, die Zahl der gerichtlichen Schuldenregulierungsverfahren ging dagegen zurück.

„Der Spielraum für die Menschen wird immer enger, weshalb der flächendeckende Ausbau der Schuldnerberatung ein äußerst wichtiger Schritt war“, so die Landesrätin.

Seit heuer werden in allen Bezirken auch Sprechtage angeboten, wobei in Mödling, Tulln und Baden die größte Nachfrage herrscht.

Ein wesentliches Betätigungsfeld der Schuldnerberatung war auch im abgelaufenen Halbjahr die Prävention. Dabei sollen vor allem die Jugendlichen erreicht werden: „Bei Jugendlichen müssen wir mit der Schuldenprävention rechtzeitig beginnen, am besten vor dem Einstieg ins Berufsleben. Wir müssen sie über ihr individuelles Fehlverhalten aufklären, sie jedoch auch auf Schuldenfallen hinweisen“, meinte Scheele.

Im ersten Halbjahr wurden 2.443 SchülerInnen mit Vorträgen erreicht. Für den Herbst ist eine weitere Intensivierung dieser Tätigkeit geplant. Auch für Erwachsene wurden Vorträge abgehalten, die 319 TeilnehmerInnen besuchten.

Die Durchschnittverschuldung liegt bei rund 76.000 Euro, wobei Einkommensverlust, Arbeitslosigkeit sowie die schlechte Planung bei Ausgaben

## Presseinformation

bzw. Einnahmen die Hauptgründe darstellen.

Des Weiteren ist festzustellen, dass die Banken Kredite und Kontoüberziehungen restriktiver vergeben, was vor allem auf das neue Verbraucherkreditgesetz zurückzuführen ist, das die Banken dazu verpflichtet, Personen zu warnen, wenn sie sich einen Kredit nicht leisten können.

Nähere Informationen: Büro LR Scheele, Rita Klement, Telefon 02742/9005-12560.